

POLITISCHE PATENSCHAFT



Die Bundestagsabgeordnete hat eine Patenschaft für die Gewissensgefangene Sheida Abedi übernommen. Die Bahá'í war im Juli 2019 zu einer sechsjährigen Haftstrafe verurteilt worden, die im Dezember 2019 auf drei Jahre Gefängnis reduziert wurde. Seit Januar 2020 verbüßt Abedi - mit kurzem Hafturlaub von April bis Anfang Juni 2020 - im Birjand-Gefängnis ihre Haftstrafe.

Ulli Nissen wird politische Patin für Gewissensgefangene Sheida Abedi Drei Jahre Gefängnis für das Sammeln von Spenden

Frankfurt am Main / Berlin, 8. April 2021 - Die Bundestagsabgeordnete Ulli Nissen (SPD) hat erneut eine politische Patenschaft übernommen. Nissen setzt sich zusammen mit der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) für die umgehende und dauerhafte Freilassung der jungen iranischen Gewissensgefangenen und Baha'i-Angehörigen Sheida Abedi ein. Abedi wird „Mitgliedschaft in der illegalen Bahá'í-Organisation“ und „Propaganda für die Bahá'í“ vorgeworfen - sie wurde in einem Scheinprozess zu drei Jahren Gefängnis verurteilt.

[Sheida Abedi](#) gehört der religiösen Minderheit der Baha'i an und wird seit dem 19. Januar 2020 im Birjand-Gefängnis zur Vollziehung einer dreijährigen Haftstrafe wegen „Mitgliedschaft in der illegalen Baha'i Organisation“ und „Propaganda für die Baha'i“

festgehalten. Die religiöse Minderheit der Baha'i wird vom iranischen Regime als Gruppe betrachtet, die sich gegen „die heilige Ordnung der Islamischen Republik“ wendet. Abedi wurde unter ähnlichem Vorwand bereits 2017 und 2019 verhaftet.

Martin Lessenthin, Vorstandssprecher der IGFM hebt hervor: „Wir freuen uns, dass sich die Bundestagsabgeordnete Ulli Nissen unermüdlich für die Freiheit unschuldig gefangener Menschen einsetzt. Die SPD-Politikerin aus Frankfurt am Main ist bereits Patin zweier iranischer Frauenrechtsaktivistinnen und hat sich in der Vergangenheit erfolgreich für die Freilassung politischer Gefangener im Iran engagiert, wie z.B. im Fall von [Saeed Malekpour](#).“

Die Islamische Republik Iran missachtet systematisch die Rechte ihrer Bürger. Angehörige ethnischer, religiöser und politischer Minderheiten sind im Iran vielfacher Diskriminierung ausgesetzt: Immer wieder kommt es zu willkürlichen Festnahmen, Verurteilungen ohne faire Gerichtsprozesse sowie zu Misshandlungen und Hinrichtungen von Andersdenkenden.

[Situation der Bahai im Iran](#)

[Zum IGFM-Patenschaftsprogramm für politische Gefangene](#)